

dbb Chef Silberbach trifft DPVKOM und DPoIG

Fachgespräche zur Digitalisierung

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach hat die Reihe der Fachgespräche zum Thema Digitalisierung im öffentlichen Dienst fortgesetzt. Am 11. Mai 2021 diskutierte Silberbach mit Betriebsräten der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) und der DPVKOM-Bundesvorsitzenden Christina Dahlhaus Themen aus dem Bereich der Telekom. Am 18. Mai 2021 fand ein weiteres Gespräch mit der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) Baden-Württemberg und dem DPoIG-Bundesvorsitzenden Rainer Wendt statt.

Digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften

Im Gespräch mit der DPVKOM standen die Herausforderungen für die Betriebsratsarbeit durch die umfangreiche Nutzung des Homeoffice im Mittelpunkt. Dies schränke die Möglichkeiten der Betriebsrätinnen und Betriebsräte, an die Mitglieder heranzutreten, enorm ein. Besonders im Vorfeld der Betriebsratswahlen sei das problematisch, weil keine direkten Gespräche oder Veranstaltungen möglich seien, so die Kolleginnen und Kollegen vor Ort. Alle Beschäftigten müssten jetzt viel aktiver werden, um an Informationen des Betriebsrats zu kommen.

dbb Chef Ulrich Silberbach forderte in diesem Zusammenhang, in den Intranets der Telekom zusätzlich zu den Betriebsräten auch einen Zugang für Gewerkschaften einzurichten. Das Betriebsrätestärkungsgesetz habe zwar dazu beigetragen, die Beteiligung der Arbeitnehmervertretungen besser zu implementieren. Was die Umsetzung des Zugangsrechts für Gewerkschaften betrifft, sei der Gesetzgeber bisher aber eine Antwort schuldig geblieben. Außerdem müssten nach dem

Betriebsverfassungsgesetz alle im Betrieb vertretenen Gewerkschaften gleichbehandelt werden.

DPVKOM-Chefin Christina Dahlhaus bekräftigte, dass die Politik die Problematik der gewerkschaftlichen Erreichbarkeit nicht nur erkennen, sondern auch Lösungen umsetzen müsse. Beispielsweise sei der Zugriff auf dienstliche E-Mail-Adressen erforderlich.

Homeoffice und mobiles Arbeiten ausgestalten

Derzeit laufen bei der Telekom Befragungen des Arbeitgebers und des Betriebsrats zu Homeoffice und mobiler Arbeit. Bereits jetzt zeichne sich eine große Zustimmung ab. Dabei müssten jedoch einerseits die notwendige Trennung von Beruf und Privatleben und andererseits die generelle Arbeitsbelastung sowie Belange des Arbeitsschutzes im Blick behalten werden. dbb Chef Silberbach betonte, dass dbb und DPVKOM bei der Entgrenzung von Beruf und Privatleben wachsam sein müssen, zumal im entsprechenden Gesetzentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales eine klare Definition eines Rechts auf Nichterreichbarkeit fehlt.

Digitalisierung bei der Polizei

Im virtuellen Fachgespräch mit Kollegen der DPoIG Baden-Württemberg wurde als ein Problem skizziert, dass aufgrund der Länderzuständigkeit für die Polizei die Digitalisierung in jedem Bundesland unterschiedlich weit fortgeschritten sei. Als Beispiel führten die Kollegen das Diensthandy an, das über ausreichend Speicherplatz und Netzabdeckung verfügen müsse. Verschiedene genutzte IT-Sys-

teme seien häufig nicht kompatibel. Um auf Augenhöhe mit der Wirtschaftskriminalität oder auch einem Bereich wie der Kinderpornografie zu bleiben, müsse sich die technische Ausstattung deutlich verbessern. Haushaltsbindungen und langwierige Ausschreibungsverfahren seien hierbei nicht hilfreich.

Darüber hinaus fehle es auch an IT-Fachleuten. Die Entgeltstrukturen des öffentlichen Dienstes seien nicht auf deren finanzielle Erwartungen ausgelegt. Dies sei besonders in Ballungsräumen ein Problem. IT-Fachkräfte müssten selbstverständlich Teil der Teams sein, beispielsweise die Cyberkriminalistik bei der Spurensicherung. Auch die Studiengänge müssten verändert werden, um die Kolleginnen und Kollegen entsprechend auszubilden.

Der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt betonte, dass es in einer direkten Konkurrenzsituation in den Dienststellen schwer durchzuhalten sei, IT-Fachkräfte weit besser zu bezahlen als andere. Sie müssten vielmehr Polizistinnen und Polizisten sein, denen nach einer gewissen Zeit auch andere Aufgaben übertragen werden können. Der unbestritten nötige Support bei hochkomplizierten IT-Anwendungen wie etwa bei der Cybertechnik könne auch extern eingekauft werden. Kritik übte Wendt an den häufig starren Strukturen der Sicherheitsorgane. Die Umsetzung von Projekten dürfe nicht an Regulierungen scheitern.

Ulrich Silberbach stellte klar, dass es nicht sein könne, dass die Polizei, die dieses Land schützen soll, auf veraltete Technik vertrauen müsse. Der Selbstschutz der Beschäftigten, die für die Innere Sicherheit sogar ihr Leben riskieren sollen, müsse garantiert sein. Im Wahljahr müsse hier der Druck auf die Politik erhöht werden. ■

